

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 254-2015
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.958

Eingereicht am: 01.10.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: von Kaenel (Villeret, FDP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt: Nein

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Tiefengeothermieprojekt in Haute-Sorne: Risiken für das Grundwasser im Berner Jura?

Gestützt auf den Schutz von Quellen und Grundwasser zur Trinkwasserversorgung sowie auf den Grundsatz der grösstmöglichen Vorsicht verfolgt der Kanton Bern besonders im Jurabogen eine sehr restriktive Politik, was Bohrungen im Hinblick auf Erdwärmesondenanlagen angeht. Ein Blick ins Geoportal des Kantons Bern (Kartenangebot, Erdwärmesonden) zeigt, dass Erdwärmesonden praktisch im ganzen Gebiet des Berner Juras verboten sind.

Die jurassische Kantonsregierung hat nun aber im Juni 2015 grünes Licht für das Tiefengeothermiepilotprojekt in der Gemeinde Haute-Sorne, die nur einige Kilometer von der Kantonsgrenze liegt, gegeben. Gemäss der Tageszeitung «L'Impartial» vom 16.06.2015 soll die erste Bohrung nach der Errichtung eines seismischen Überwachungsnetzes 2017 erfolgen.

Um die nötigen Temperaturen zu erreichen, braucht es in der Tat Bohrungen in 4000 bis 5000 m Tiefe. Bei den Experimenten in Basel und St. Gallen haben sich die seismischen Risiken bewahrheitet, glücklicherweise jedoch ohne schlimme Konsequenzen für die betroffene Bevölkerung.

Keine Informationen liegen hingegen über allfällige hydraulische Umwälzungen in der Tiefe vor, wie z. B. Rückflüsse oder Verunreinigungen des umliegenden Grundwassers.

Die Gemeinde St. Immer wird in den kommenden Jahren rund 25 Millionen Franken für die Aufbereitung des Tiefbrunnens in Les Sauges (Fassungstiefe rund 700 m) sowie für die Verbesserung des Wasserversorgungsnetzes, einschliesslich einer neuen Leitung zur Versorgung der Gemeinden im jurassischen Freibergenbezirk, investieren.

Der Interpellant ist natürlich nicht gegen die vom Kanton Jura gewollte Energiewende. Und die Tiefengeothermie ist dabei sicherlich ein Ansatz, den es zu verfolgen gilt. Es erstaunt aber schon, dass der Regierungsrat des Kantons Bern einerseits die Stopp-Fracking-Initiative vorbehaltlos unterstützt – diese will das sogenannte Fracking verbieten, um Grundwasserverunreinigungen zu verhindern – und andererseits nicht zum jurassischen Tiefengeothermieprojekt konsultiert worden ist (zumindest haben die regionalen Medien nichts dergleichen berichtet).

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wurden die Hydrologen und Geologen der bernischen Kantonsverwaltung über das Tiefbohrungsprojekt in Glovelier in Kenntnis gesetzt und entsprechend konsultiert? Hydrogeologie folgt ja nicht unbedingt den Kantonsgrenzen...
2. Wer würde allfällige Gebäudeschäden im Kanton Bern bezahlen, sollte es zu Erdbeben im Zusammenhang mit den Tiefenbohrungen kommen?
3. Wer würde die Investoren entschädigen, sollte es in Les Sauges zu Verunreinigungen des Grundwassers kommen?

Verteiler

- Wählen Sie ein Element aus
- Grosser Rat